

Thronfolgegehabten im Landtag, daß sie erstens die in Lippe bestehende Regentenschaft des Prinzen Adolf zu Schaumburg-Lippe (des Schwagers des deutschen Kaisers) als vollständig zu Recht bestehend anerkennen und zweitens der Behauptung, daß die tatsächliche Ausübung der Regentenschaft vom Landtage verurteilt werde, entschieden widersprechen. So lobt der Großmünsterer weiter.

Der bayerische Finanzminister v. Nibel hat im Finanzausschuß der bayerischen Abgeordneten-Kammer folgende Erklärung über die Zuckersteuer-Vorlage abgegeben: Zur Zuckersteuer ist die kaiserliche Regierung der Ansicht, daß die Lage der hochentwickelten Zuckerindustrie Berücksichtigung auch in süddeutschem Interesse erfordert. Er erinnere an den lebhaften Verkehr zwischen Landwirtschaft und Zuckerindustrie. Ein Sinken der Viehpreise wäre wenig erfreulich. Die vorgeschlagene Säge halte die Regierung für zu hoch und bei aller Opferwilligkeit habe sie sich dagegen erklären müssen. Es sei abzuwarten, wie sich die Sache weiter entwickle. Dem vorliegenden Entwurf könne die Regierung nicht zustimmen.

Italien.

Gegen General Baratieri ist nunmehr vom Staatsanwalt des Militär-Gerichtshofes die Anklage erhoben worden. In einem Schreiben an den König Humbert richtigt General Baratieri seine Taktik. Er droht mit Enthaltungen, wenn die Regierung ihn vor ein Kriegsgesicht stellen sollte. Dann will er dem ganzen Lande den Beweis erbringen, daß die Verantwortlichkeit für die Niederlage bei Adua an höherer Stelle zu suchen sei. Mit Rücksicht auf die beschränkten Entwürfe will die italienische Regierung den Prozeß in Massaua und nicht in einer italienischen Stadt führen lassen.

Socialisten und Republikaner. Während der Verhandlungen des italienischen Parlamentes über den afrikanischen Krieg und den von der Regierung geforderten Credit von 150 Millionen Franken (104 Millionen Reichsmark) nahm der socialistische Abg. Prof. Enrico Ferri das Wort zu einer viel bemerkten Rede, in der er seinen republikanischen Standpunkt scharf kennzeichnete. Ferri erklärte, daß seine Fraktion im Gegensatz zu den von Sabatini geführten Republikanern durch den Militär-Gesichtshof sich nicht beschuldigbar erklären könne, daß sie im Gegenteil auch zu der gegenwärtigen Regierung in schroffer Opposition verharre. Er traf der Regierung vor, daß sie die Amnestie nicht auf alle auf Grund der Ausnahme-gesetze und der Haft- und Berathungs-Paragraphe und der Bestimmungen betr. Aufhebung verbotener Handlungen verurtheilten Personen ausgedehnt habe. Zahlreiche Leute, welche ebenso und aus gleichen Gründen wie De Felice, Dr. Barbato und Bosco von den Militärgerichten verurtheilt wurden, schwächten noch in den Zuchthäusern. Dann griff Ferri das neue Circular des Ministers des Innern an die Projecten an, wodurch sie beauftragt worden, Arbeiterassociationen zu beaufsichtigen. Dieses Circular widerspricht der Versammlungsfreiheit und stellt sich als ein Eingriff der politischen Macht in das Wollen der Gerichte. Der Minister möge doch darlegen, was er unter den von ihm als verdächtig gekennzeichneten Vereinigungen verstehe? (Starke Unruhe auf den Regierungsbänken.) Wir Socialisten werden für jede von Ihnen aufgelöste Vereinigung hundert neue gründen. (Lebhafte Bravo's auf der äußersten Linken, Unruhe auf den Regierungsbänken.) Die afrikanische Politik betrachte ich lediglich unter dem Gesichtspunkte, daß man der Armeegewalt geben sollte, sich durch billige Vorbeeren von der Antipathie zu befreien, die sie sich durch die blutige Unterdrückung der Unruhen in Sicilien und Massa Carrara erworben hat. (Angeheures Unruhe, zahlreiche Zwischenrufe, Ordnungsruf des Präsidenten.) Der frühere Kriegsminister Rocenni war es, der es als die Aufgabe der Armeegewalt, gegen die inneren wie äußeren Feinde zu dienen. (Neue Unterbrechungen.) Im Namen der socialdemokratischen Partei fordere ich den Rückzug der Truppen aus Afrika und die Vereinerung des früheren Ministers in Anklagezustand. Man muß Licht in die afrikanische Angelegenheit bringen, welche veranlaßt wurde von den unverantwortlichen Gewaltthaten (Während Unterbrechungen, die Kammer erhebt sich gegen den Redner, der Präsident droht mit Entziehung des Wortes, wenn er weiter in diesem Tone fortfahre, er erinnert den Redner an seinen Eid.) Ueberlassen Sie unsere Erde unserem Gemüthen, welches nichts zu thun hat mit den Schmutzereien der Banca Romana. (Beifall und Unruhe.) Ja, ja. Es gibt leider Machtfactoren, welche dem Parlament gegenüber nicht verantwortlich sind. Man übersehe es nicht, die Stunden der Monarchie sind gezählt: und wir Socialdemokraten sind, wenn wir auch auf diese rein formale Frage kein besonderes Gewicht legen, Gegner der Monarchie. (Der Lärm der Gegner überdauert die laute Stimme Ferri's.) Der Präsident fordert ihn zur Zurücknahme seiner Worte darauf.) Ich habe keine Stille zurückzunehmen. Ich constatire einen Eingriff in die parlamentarische Redefreiheit. Ich werde nur der Gewalt mich fugend, auf's Wort verzichten. (Neue Unterbrechungen, der Präsident unterbricht die Sitzung.)

Die Erklärungen Ferri's haben im ganzen Lande großes Aufsehen gemacht. Um die hochpolitische Bedeutung der republikanischen Erklärung Ferri's und damit der socialdemokratischen Fraktion des italienischen Parlamentes zu begreifen, muß man sich die Freiheit vor Augen halten, welche die republikanische Bourgeoisie Italiens soeben an den Tag gelegt hat. Im ganzen Solte wurde die Verantwortlichkeit für die Niederlagen in Afrika der Krone zugeschoben, die Republikaner haben aber diese für sie so überaus günstige Situation ungenützt vorbeigehen lassen. Der Republikanismus der sogenannten italienischen Republikaner hat sich als leere Phrase, als ein Schattengebilde erwiesen; die Socialisten haben nun durch ihre Propaganda für die demokratischen Ideen den Republikanern den einzigen Grund ihrer Existenzberechtigung aus der Hand entzogen. Hierin liegt die außerordentlich große Bedeutung der Erklärungen Ferri's.

Frankreich.

Die socialistischen Abgeordneten brachten eine Vorlage ein, die bestimmt ist, die Arbeits-commission zur Sammlung und Revision aller die Arbeit betreffenden Gesetze zu veranlassen, damit daraus ein Arbeits-Gesetzbuch gemacht werden könne. Dasselbe soll fünf Abtheilungen enthalten: 1. Arbeitsverhältnisse. 2. Arbeitslohn. 3. Organisation der Arbeitervereine. 4. Rechtsprechung. 5. Strafsachen.

Die Debatte über den bereits gemeldeten socialistischen Zusatzantrag zum Weltausstellungs-Entwurf nahm eine ganze Kammer-sitzung in Anspruch. In seiner Begründungsrede tritt Genosse Vaillant daran, daß der gegenwärtige Handelsminister Mesureur seiner Zeit im Pariser Gemeinderath einen ähnlichen Antrag für die

Ausstellung 1889 mit Erfolg befürwortet hat. Der städtische Lohn-Tarif wurde denn auch zur allgemeinen Zufriedenheit auf die Ausstellungsarbeiten angewendet. An Stelle des — ausfalligerweise? — abwesenden Mesureur antwortet Finanzminister Doumer. Er verspricht, alles Mögliche für die Arbeiter thun zu wollen. Namentlich werde die Abgrenzung seit 1848 (auf dem Papier) verbotene Zwischenunternehmer-Schaft streng ausgeschlossen werden. Die wichtigsten Punkte des Zusatzantrages, den Achtstundentag und das Lohnminimum, weist er zurück unter dem Vorwand, man werde nächstens über die Arbeitszeit allgemeine Gesetzentwürfe, die gegenwärtig die Arbeits-commission beschäftigen, zu berathen haben. Genosse Jules Guesde fordert hierauf in einer glänzenden, wirkungsvollen Rede die republikanische Mehrheit auf, dem Beispiel der monarchischen Regierungen von England und Belgien zu folgen, die in einzelnen Fällen den Achtstundentag bez. das Lohnminimum mit Erfolg eingeführt hätten. Es handele sich um einen Versuch auf einem beschränkten Arbeitsgebiet, auf dem obendrein der landläufige bürgerliche Einwand der ausländischen Concurrenz nicht angerufen werden könne. Um den socialistischen Antrag desto sicherer zu Falle zu bringen, verlangt das opportunistische Centrum, die Meinung der Regierung zu hören. Bourgeois spricht sich nun noch schärfer als Doumer gegen die beiden Forderungen aus, deren Annahme das Zustandekommen des Gesetzes verzögern würde, da ja der Senat dieselben verwerten würde. Im übrigen verspricht er, wie 1889, eine Untersützungsklasse für die kranken Arbeiter und mögliche Bevorzugung der Arbeiter-Produktivgenossenschaften bei Vergabung der Ausstellungsarbeiten und Lieferungen. Guesde erregt nochmals das Wort, um die Kammer vor einem Ablehnungsvotum zu warnen. Der von den Socialisten verlangte Versuch läge ja gerade im Interesse der Gegner, die den Achtstundentag als Utopie vertrieben. Wenn Ihr aber die Probe aufs Exempel nicht machen wollt, so beweist Ihr damit, daß Ihr an Eure eigenen Behauptungen nicht glaubt, daß Ihr den Versuch fürchtet. Und sie haben nichtlich Jurat gehalten, die capitalistischen Republikaner. Der Achtstundentag und das Lohnminimum wurden mit 308 gegen 150 Stimmen verworfen. Angenommen wurde nur die Forderung eines wöchentlichen Ruhetages und der erste Punkt des Antrages, der „menschenwürdige Arbeitsbedingungen“ verlangt.

England.

Ein bimetallicsches Seban war die vorwiegendste Debatte im englischen Parlament, auf welche unsere Silbernen die überschwänglichsten Hoffnungen gesetzt hatten. Nicht nur wurde der Versuch einer Doppelwährung unbarmerzig zerpflückt, sondern auch alle Zukunftshoffnungen wurden mit grausamer Hand zerstückt. Und am grausamsten war der vermeintliche Welfas Balfour, der kühl erklärte, wenn die anderen Länder ihr Geld verschlechtern wollten, so sei das sehr gut für — England, allein von England könne man doch nicht verlangen, daß es sich zu Grunde richte. Und die englische Regierung läßt durch den „Standard“ erklären, daß sie nicht daran denke, eine internationale Conferenz über Bimetallismus zu berufen. Tagegen sei die Regierung bereit, die indischen Prägstätten wieder zu eröffnen, wenn der lateinische Münzverein seine seit 1873 geschlossenen Prägstätten wieder öffnen wolle. Nun, wenn das geschähe, so würde es auf die Goldwährung ganz ohne Einfluß sein. Es wird aber schwerlich geschehen. Kurz, die amerikanischen Silberbergwerks-Besitzer brauchen sich verläufig in keine weiteren Agitationskosten zu fügen.

Bei der Erziehung im irischen Wahlkreise South Down errang der Ant-Parnellit M'Ghee mit 1626 Stimmen den Sieg über seinen parnelliteschen Gegner Oberst Nolan, auf den 1249 Stimmen fielen. Außerdem war ein unabhängiger Bewerber aufgetreten, der 467 Stimmen erhielt. Bei den allgemeinen Wahlen hatte die antiparnellitesche Stimmenmehrheit 962 betragen. Es waren demnach allerdings nur zwei Bewerber im Felde. Der gewählte Abgeordnete ist einer der eifrigsten Anhänger des Agrarreformers Henry George und ein verkannter Freund Richard Davitts und des Fürsten Krapotkin. M'Ghee hat den Gewerksverein der Dockarbeiter in Glasgow gegründet.

Parteiangelegenheiten.

Bei der Gewerbegerichtswahl in Grnsthäl in Sachsen wurden in der Klasse der Arbeitervertreter die Candidaten unserer Partei einstimmig gewählt. Auch bei der Gewerbegerichtswahl, die in Lichtenstein in S. für den 3. Bezirk des Gewerbegerichts der Amtshauptmannschaft Glauchau vorzunehmen war, siegten unsere Genossen, und zwar erhielten sie sämtliche Stimmen bis auf zwei.

In Hall in Württemberg, wo das erste Mal gewählt wurde, da das Gewerbegericht neu errichtet ist, siegten in der Klasse der Arbeitervertreter die 6 Candidaten unserer Partei, und auch in der Klasse der Unternehmervertreter gelang es, einen Socialdemokraten durchzubringen. Von den übrigen 5 Sitzen der Unternehmerklasse bekamen 3 die Demokraten.

Arbeiterbewegung.

An die deutschen Studenten, Glasper und verwandten Berufsgruppen!

Am 23. März wurde in einer öffentlichen Versammlung der Studenten Adlus einstimmig der Beifall gefaßt, wegen Verweigerung der Unterzeichnung des seit Jahren bestehenden und stählendwiegend bezahlten Lohn-Tarifs Mann für Mann Montag, den 23. d. die Arbeit niederzulegen. Die Conjuratur ist sehr günstig und wenn kein Zugug eintritt, ist in spätestens drei bis vier Tagen der Sieg vollständig errungen. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß es uns mit Hilfe der auswärtigen Kollegen gelingen wird, in kurzer Zeit die Sache zu einem guten Abschluss zu bringen. Es werde weder Lohnherabsetzungen noch Verkürzung der Arbeitszeit gefordert; nur das seit Jahren Bestehende soll scharf anerkannt werden.

Die Lohncommission der Studenten Adlus. J. A.: Chr. Odenthal, Schriftführer. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Gerichtliches.

Der Beginn der Staatsanwaltschaft, die Zusammenkünfte in den öffentlichen Versammlungen unter den Geschworen der öffentlichen Kollekte zu bringen, für welche die obrigkeitliche Genehmigung erforderlich ist, schickte gestern wieder einmal und zwar in einer Verhandlung, welche vor der dritten Strafkammer am Landgericht II. zu Berlin stattfand. In Stellung hatte in den Monaten December und Januar je eine öffentliche Arbeiter-versammlung stattgefunden, in welcher bezügl. Deckung der Unkosten die oblige Teller-sammlung veranlaßt worden war. Die Polizei erklärte in dieser Thätigkeit die Veranstaltung einer öffentlichen Kollekte, für die eine polizeiliche Genehmigung erforderlich, aber nicht eingeholt worden sei. Es wurde daher gegen drei Vorstandsmitglieder bezügl. Veranlasser der Versammlungen, den Zimmerer Ahlert, den Tapezierer Düring und den Maurer Käfer Anklage wegen unbefugter Veranstaltung einer öffentlichen Kollekte erhoben. Das Schöffengericht am Amtsgericht II. erkannte nach eingehender Verathung dahin, daß unter den Begriff der öffentlichen Kollekte nur solche Sammlungen zu zählen sind, welche von Haus zu Haus stattfinden. Dagegen seien Sammlungen, welche in Versammlungen bezügl. Deckung der Unkosten stattfinden, selbst wenn dieser Zweck vielleicht nur ein vorübergehender sei, nicht unter den Begriff der öffentlichen Kollekte zu bringen, da solche Sammlungen nur dazu dienen, die Theilnehmer zu den Kosten der Veranstaltung heranzuziehen. Es sei daher auf Freisprechung zu erkennen. Wegen dieses schöffengerichtlichen Urtheil legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein, indessen schloß sich die Strafkammer nach erneuter Erörterung der Frage der Ansicht des ersten Richters an und erkannte auf Berufung der Verurteilung des Staatsanwalts.

Der Herr Katakter. (Berliner Humor vor Gericht.) Das ist ja eine kaum glaubliche Geschichte, die hier in den Acten steht; danach müssen Sie ja einer der geriebensten Hochstapler sein, die mir vorgekommen sind, so äußerte sich der Vorsitzende des Schöffengerichts zu einem etwa 40jährigen Angeklagten, der den Eindruck eines arg herabgekommenen Mannes machte. Das Papier ist jedwellig, Herr Gerichtshof, entgegnete er; natürlich, wenn so Gener wie ich von Ihnen jemals braucht wird, um der Arme macht sich dünne, denn kriegen sie mir bei's Schlafittchen, an ich soll denn die Zurechtigkeit stellen, obgleich ich ungeschicklich bin wie Krach's Schops. Die Sache liegt für mir so klar wie Hieb. Vorstehender: Aus Ihrer confusen Entgegnung kann ich mir so viel entnehmen, daß Sie sich an dem Betrug nicht betheilig haben, sondern selbst getäuscht sein wollen. Das werden Sie nach der Jugendvernehmung doch wohl kaum aufrecht erhalten können. Aber Sie können uns meinetwegen jmal die Geschichte so erzählen, wie Sie sich diese zurechtgelegt haben. Ich sehe schon, das Gericht wird um Ihren Vortrag doch wohl kaum herumkommen. Aber bitte, so kurz wie möglich! — Angeklagter: Allemal! Denken Sie, Herr Gerichtshof, am 15. Februar bin ich in die Wärmehallen. Wie ich da so fuge, fällt mir ein Mann uff, der mir bekant vorkam. Er war seiner angezogen, denn uff'n Heberzieher hatte er 'n Krager mit Krimmer und in de Hosen hatte er 'n Kniff geplätt, un denn waren se auch so uffgekrampelt, wie bei 'n Stigel. Er tickt mir noch an, un richtig — et kommt raus, bet wir uns kennen. Er sagte, et wär ein Jüdt, bet wir uns getroffen haben, denn er suchte gerade einen Jeshillen, un ich wär sehr dazu jeshaffen, denn er schmirte mir als ehrlieh un arbeitiam. Nächtern biste doch? fragte er weiter. Wie 'ne Wasserpulle! sage ich. Un kannte och ein Amtsgemeinnih bewahren? Ich bin beschworen wie ein Drochschneffel retourneire ich. Wir jehen denn also in de Destille un lassen uns 'n kleinen Sammerstein mit Friedmann jeben un denn noch 'n großen Uppen-trimmer, un dabei erzählt er mir denn, bet er bei's Kaiserthum ange-fest ist un draugen in de Triffstraße 'n Stück Land vermesen müße un habertz brauche er einen Jeshillen. Ob ich mir mit 2 Wk. 50 Pf. pro Tag un freie Kost zufrieden stellen würde? Na, for den Anfang, sagte ich, is bet ja genung. Es war also Alles ins Volt un von diejem Dogenbild an mußte ich ihn Siezen un Herr Katakter zu ihm jagen, während er zu mir blos zur Schule jatte. Denn holt er sich aus 'en Haus 'ne Neßpange raus un einen langen uffjerrollten Bindfaden un een Stück Kreide. Det muß ich ihm Allens nachfragen. Und denn holt er aus de Tasche 'ne Kofarbe raus, macht se an meine Müde fest un nennt: So, nu biste Beanter, un wenn Du Dir jut jähst, verschaffe ich Dir mal 'ne Kleine Pension. Prä! Angeklagter, Sie denken wohl, Sie sind hier in einer Kinderstube, wo Sie Märchen erzählen können? Lassen Sie diese endlosen Ausschmückungen un kommen Sie nun endlich nach der Triffstraße. — Angeklagter: Jawoll! Wie wir da ankommen, geht der Herr Katakter uff'n Stück Kartoffelland so von Morjener zwee un sagt: Det is et, det müssen wir mal aufkafastern. Un denn dreht er sich um, un wie er in de Nähe 'ne Kneipe entdekt, sagt er: Wir wollen man erst 'n kisten wat zu Mittag präveln, denn ohne solide Unterlage ardeet sich der jehlecht. Also wir 'rin in de Subite. Ich seche mir uff meine Stange janz busemang in de Gede, bet Herr Katakter seht sich aber janz vorne hin, schlägt janz jrohartig de Beene übereinander un fragt, ob er for sich un seinen Jeshillen wat zu Mittag kriegen könnte. Wir essen och sehr jut, bet Herr Katakter drinkt och noch 'ne Kaffeebrüh, läßt sich ein halbet Duzend Bierjahren jeben un wird mit dem Wirth sehr familiär. Er küßert immer mit ihm, un der Subiter hört immer mit 'n recht freundschaftlichen Sacheln zu. Un ich höre man, wie er dem Wirth erzählt, bett uff bet Nachbarjundstüd 'en großes Jekäude sollte uffjehüt werden — ich loodie, et war ein Jinoelshaus — un denn würde der Wirth un reicher Knopp werden, denn erstens habe der Maurer bei dem Neubau doch jrohen Durst, un denn würde sein Grundstück doch och mehr werth, un er soll et man ja nicht verjloosen. Er als Katakter solle det nu vermesen un den Ausschlag jeben, ob sich det Grundstück och dazu eignen thäre. Un der Wirth schwingelt un ruft seine Delle ran un der Herr Katakter legt ihnen über allens, wat er jehagt, 'en Staatsjeheminnih uff. Un wie denn die Wirthsleute versichert hatten, bet se in alle Sprachen verschwiegen sein könnten, ruft er: „Schulz, komm mit de Apparate raus!“ Ich packe den ganzen Krambel zusammen un renne draugen hinter ihm her, immer bet Kartoffelfeld lang. Manchmal muß ich de Stange in den Boden stecken un den Bindfaden den Boden lang jiehen. Denn tickt der Herr Katakter de Strippe mit bet eeno Lage lang, schreift sich wat ins Buch, un de Subiterchen stehen ins Fenster un kicken fröhlich zu. Vorstehender: Nun schwindeln Sie nicht noch weiter. Sie verbessern damit keineswegs Ihre Lage. Jtagtäglich haben Sie einen ganz dreisten Schwindel aufjehüt. Ihrem Herrn Katakter un Ihnen ist es nur darum zu thun gewesen. Abends bei dem Wirth noch eine tüchtige Beche zu machen, was Ihnen auch gelungen ist. Ihr Complice hat ihn dann noch um 10 Mark angepumpt, indem er erzählte, er müße am nächsten Tage die Arbeiten fortsetzen un wolle seine Neßapparate bis dahin dort lassen. Natürlich hat sich keiner von Ihnen wieder blicken lassen, un der Wirth ist um 30 Mark geschädigt worden, denn die sogenannte Neßpange hat nicht viel mehr Werth wie das Stück Bindfaden. Angeklagter: Aber die Kreide kann der Wirth jut jebrauchen. Vorstehender: Na warten Sie nur! Angeblich wollen Sie den „Herrn Katakter“ nicht einmal dem Namen nach, sondern nur nach dem Ansehen kennen. Angeklagter: Ich ne zignung! Aber, wenn et so is, wie Sie da sagen, dann muß et ja en janz Freibeuter gewesen sind, un dabei sah er doch so jehübet aus! — Die Beweisaufnahme lieg keinen Zweifel daran, daß hier ein gemeinjam beubäuter, ganz raffiniert Schwindel vorlag, da der Angeklagte für seine Person mit zwei Monaten Gefängnis büßen soll.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht der „Volkswacht“).

68. Sitzung vom 24. März — 1 Uhr.

Präsident von Buol eröffnet die Sitzung. Dritte Lesung des Etats in Verbindung mit der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs betr. die Verwendung der überschüssigen Reichseinnahmen zur Schuldentilgung. Der Gesetzentwurf wird ohne wesentliche Debatte genehmigt.

Die Etatsberatung wird beim Marineetat fortgesetzt.

Abg. Meyer (Soz.): Ich frage den Herrn Staatssekretär der Marine, ob ihm die mangelhaften Wasserhältnisse in Wilhelmshaven bekannt sind. Seit Jahren leiden die Werftarbeiter unter den traurigen Wasserhältnissen, aber trotz aller Petitionen ist noch nicht Abhilfe geschafft. Das Reich hat Tausende von Arbeitern nach Wilhelmshaven gezogen, die in Wilhelmshaven selbst nicht unterkommen sind konnten, sondern in den angrenzenden Gemeinden. Für die in Wilhelmshaven wohnenden Arbeiter hat die Marineverwaltung gesorgt, aber nicht für die in der Umgebung wohnenden Arbeiter, die noch unter der Wassercalamität leiden. Vorläufig ist nichts geschehen, als daß ein neuer Brunnen für die Wilhelmshavener Wasserleitung gebohrt worden ist. Dieser Brunnen ist so ergiebig, daß er nach der Ansicht von Sachkennern auch für die Gemeinden Heppens und Bent Wasser liefern könnte. Die Gemeinden werden von schlecht bezahlten Werftarbeitern bewohnt; sie sind nicht leistungsfähig genug, um sich eine eigene Wasserleitung erbauen zu können. Dem Gemeindevorsteher von Bent wurde vertraulich eröffnet, daß die Marineverwaltung den neu geborenen Brunnens den Gemeindevorsteher jener würde. Es ist nicht geschehen. Nach der Angabe eines Subalternbeamten steht die Genehmigung des Staatssekretärs der Marine noch aus für den Bau der Wasserleitung und diese Genehmigung ist abhängig von der Einstellung eines Postens in den Etat und der Bewilligung des Reichstages. Das bedeutet jedenfalls eine Verschleppung dieser für die Gesundheitsverhältnisse der beiden Gemeinden sehr wichtigen Angelegenheit. — Noch eine zweite Frage habe ich an den Staatssekretär zu richten; sie bezieht sich auf die Bestimmungen der Arbeitsordnung auf den Werften von Wilhelmshaven. Wiederholt sind Leute wegen sozialdemokratischer Gesinnung gemahnt worden, angeblich deshalb, weil sie agitatorisch hätten. So ist ein Mann, der vor 11 Jahren gemahnt war, jetzt wieder auf Grund dieser weit zurückliegenden angeblichen Thatfachen gemahnt worden. Der Mann hat sich aber nie agitatorisch betätigt, war niemals Mitglied der Partei. Ein dritter Punkt: Es sollen am letzten Jahrtage auf der Wilhelmshavener Werft 800 Kündigungen erfolgen. Deshalb sind so viel Arbeiterentlassungen notwendig? Weiter ist in Wilhelmshaven eine nächtliche Schulumlage beschlossen worden und die Offiziere sind zur Beitragslast herangezogen worden. Darüber sind die Offiziere so wütend, daß sie einen Bescheid über die Wilhelmshavener Geschäftsleute verhängt haben. Ein weiterer Beschwerdepunkt betrifft die Werft in Kiel. Die Feuerwacheleute beschwerten sich über zu langen Dienst und darüber, daß sie die Wächzeiten nicht zu Hause bei ihrer Familie einnehmen können. Schließlich möchte ich noch einmal auf die Unjustiz auf den Kriegsschiffen hinweisen. Die Vorgesetzten durch diese Mißhandlungen, die immer schlimmer werden. Ich meine, ein Vorgesetzter, der nicht im Stande ist, die Gerechtigkeit zu verhindern, der gehört nicht auf den Posten eines Schiffskommandanten. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Hollmann: Die Wasserfrage in Wilhelmshaven macht große Schwierigkeiten und Kosten. Im letzten Jahre war einmal eine Calamität entstanden, wir haben nur einen neuen Brunnen anlegen lassen. Den Vorschlag einer Rohrleitung wollen wir in wohlwollender Erwägung ziehen, das kann ich dem Abgeordneten Meyer versichern. Der Vorschlag der Rohrleitung ist mir nicht bekannt, ich bin aber überzeugt, daß der Oberwerftdirector die Sache nach bestem Willen und Wissen geprüft hat. Ich werde den Fall untersuchen. Arbeiterentlassungen, noch dazu in der vom Abgeordneten Meyer angeführten Höhe, stehen nicht in Aussicht. Die letzte vom Vorredner vorgebrachte Beschwerde habe ich für eine Privatsache der Offiziere. Sollten sie wirklich die Bürger boykottieren, so würde ich das nicht schon rüden, aber ich kann nichts dagegen thun. Wollte ich mich da einschließen, würde man mich gewiß großer Willkür zeihen. Es ist selbstverständlich, daß ein Commandeur den Leuten keine Strafbefugnis einräumen darf.

Der Marine-Etat wird darauf ohne wesentliche Debatte genehmigt.

Ohne Debatte werden die Etats des Reichsjustizministeriums, des Reichsfinanzministeriums, der Reichsrentenverwaltung, des Reichsrechnungsbüros des Pensionsfonds, des Reichsinvalidenbundes, der Zelle und Verbrauchsteuer genehmigt.

Beim Etat der Reichspostverwaltung bemerkt Abg. Hüve den (Christlich-social): Die Sonntagseruhe der Postbeamten ist doch nicht so weit durchgeführt, wie es der Staatssekretär von Stephan dargestellt hat.

Die Abg. Zimmermann und Genossen beantragen: Der Reichstag wolle beschließen: den Reichsfiskus zu eruchen, zu veranlassen, daß die Posthalter-Dienststunden an Sonn- und Festtagen auf die Zeit von 7 bis 11 Uhr Vormittags und 12 bis 2 Uhr Nachmittags festgesetzt werden.

Unterstaatssekretär im Reichspostamt Fischer: Die Postverwaltung hat in Betreff der Sonntagseruhe der Postunterbeamten nichts zu veranlassen und zu veranlassen. Unsere Norm ist, daß die Postunterbeamten von drei Sonntagen einen ganz freien Tag erhalten. Dieses Ziel ist seit etwa zwei Jahren vollständig durchgeführt.

Abg. Zimmermann (Antif.) empfiehlt die Annahme eines Antrages, damit den Beamten wenigstens der freie Sonntag nachmittags garantiert sei.

Oberrath Fritsch äußert gegen den Antrag arbeitstheoretische Gründe ins Feld und erklärt ihn für unannehmbar.

Abg. Wenders (Centr.) trägt Beschwerden über die Arbeitsverhältnisse der Posthalter vor.

Abg. Dr. H. (Centr.) behauptet, daß sich die Postverwaltung ablehnend zur Resolution verhalte. Die Rücksicht auf die Beamten sollten maßgebend sein, als die Wünsche der Kaufleute. Die heutige Einrichtung der Schalterstunden verleihe geradezu zur Verletzung der Bestimmungen der Sonntagseruhe. Freilich dürfe man im Kampf dagegen nicht so schablonenhaft verfahren, wie die Zimmermannsche Resolution, die Bedürfnisse der einzelnen Gemeinden müßten in Betracht gezogen werden.

Abg. Zimmermann (Antif.) findet, daß der Regierungsvorsteher nur die alten, seit Jahren widerlegten Einwände gegen die Resolution vorgebracht habe. Der Reichstag werde schließlich die Schuld verlieren, wenn die Postverwaltung alle seine Wünsche unberücksichtigt lasse.

Abg. Dr. Hamacher (natl.) kann den Antrag Zimmermann aus demselben Grunde wie Abg. Hüve nicht beistimmen.

Abg. Singer (Soz.): Der Antrag des Herrn Zimmermann erhebe auch mit recht unpractisch. Wir wollen der Postbeamten die Sonntagseruhe von 4 Uhr an gewähren, während er die zwei Nachmittagsstunden Sonntagsdienst auf den Montag schiebt. Die Zeit von 12 bis 2 Uhr ist ganz ungeeignet. Es ist keine Sonntagseruhe, wenn den Beamten der Sonntag gestrichen wird. Mit dem gestrichenen Sonntag müßten die Angestellten nichts anzufangen und gelangen nicht zum Genuß ihrer freien Zeit. Nur aus-

nahmweise sollen für die Telegrammannahme und Ausgabe bestimmte Einrichtungen getroffen werden. Es ist richtig, daß die Posthalter auch von Arbeitern am Sonntag nachmittags benutzt werden. Woran liegt das? Wenn es in Deutschland wie in England Gebrauch würde, auch die Fabrikarbeiter am Sonnabend um 1 Uhr zu schließen, dann hätten die Arbeiter am Sonnabend Zeit, ihre Briefe zu schreiben. Die Arbeiter mißgönnen den Postbeamten aber gewiß die Sonntagsruhe nicht. Sie würden die Besen sein, die sich den neuen Einrichtungen anfügen würden. In dem Zimmermannschen Antrag sehen wir keine Lösung und werden deshalb gegen ihn stimmen.

Die Debatte wird geschlossen, der Antrag Zimmermann gegen die Stimmen der Antifemiten abgelehnt und der Titel bewilligt. Beim folgenden Kapitel rügt Abg. Werner (Antif.) die „Unverschämtheit“ des Postdirectors von Braunschweig, der im März d. J. noch, also nach der zweiten Lesung des Postetats im Reichstage, die Nichtzugehörigkeit zum Postassistentenverbande als Bedingung für die Anstellung gefordert und das Ehrenwort von den Bewerbern verlangt habe, daß sie sich auch in Zukunft dem Verbands nicht anschließen. Die Hartlebigkeit der Postverwaltung (große Heiterkeit) sei bekannt, aber der Reichstag dürfe nicht erlauben, Redner legt eine Liste willkürlicher Verlegungen von Postassistenten vor.

Abg. Dr. Schädler (Chr.) will keine medizinischen Studien an der Postverwaltung anstellen (Heiterkeit), sondern nur seine in zweiter Lesung gestellte Resolution empfehlen, wonach wenigstens den Civilwärttern die Zulassung zum Sekretärsexamen gestattet sein soll, die die Berechtigung zum Einjährig-Freiwilligendienst beizugehen und bei den übrigen Civilwärttern die Zulassung zum Sekretärsexamen von dem anderweitig zu erbringenden Nachweis einer entsprechenden Vorbildung abhängig zu machen.

Unterstaatssekretär Dr. Fischer findet es erstaunlich, daß ein solches Schreiben vom Oberpostdirector in Braunschweig ergangen sein soll. Es werde Bericht eingezogen werden.

Die Debatte wird geschlossen. Ueber die Resolution wird nach Erledigung des Etats abgestimmt werden.

Ohne Debatte wird der Etat der Reichsdruckerei erledigt. Beim Etat der Reichseisenbahnen nimmt das Wort Abg. Bueb (Soz.): Es ist erfreulich, daß Sie die geistige Strangulationstheorie heute nicht üben und die Redner zu Worte kommen lassen. (Unruhe rechts.) Ob Sie mich hören wollen oder nicht, ist mir höchst schnuppe.

Präsident von Buol rügt diesen Ausdruck den versammelten Abgeordneten gegenüber als höchst unzulässig.

Abg. Bueb (Soz.): Die Mehrzahl der Reichseisenbahnen ist aus militärischen Gesichtspunkten gebaut worden, es giebt aber auch solche, die militärischen Zwecken nicht dienen können. Die Eisenbahnen, die dem Verkehr der Landesangehörigen dienen sollen, liegen aber sehr im Arg. n. Das Reich müßte mehr ausgedehnt werden, das liegt im Volksinteresse. Die Bahnen haben einen Ueberschuß von 23 Millionen ergeben und doch wird dort ein Sparsystem gutgeheißen, das mit diesen Ueberschüssen im ärgsten Widerspruch steht. Zur Personenbeförderung werden häufig Viehwagen verwendet. — Die Verhältnisse auf den Stationen, die Bahnhöfe liegen sehr im Arg. n. mit Ausnahme von Straßburg sind überall noch die aus französischer Zeit übernommenen Bauten in Gebrauch. Besonders schlecht sind die Bahnhofsverhältnisse in Mülhausen. Hoffentlich schafft die Behörde bald Abhilfe. In der bekannten Cockspitalaffaire, die sich auf dem Bahnhof in Frankfurt a. M. abgepielt hat, sind auch Reichseisenbahnbeamte in Untersuchung gezogen worden, später aber freigelassen worden. Ich möchte doch sehr bitten, daß solche Lumpen, wie diese Cockspital, sich künftig nicht mehr an Angehörige der Reichseisenbahnen heranwagen. Redner tadelt, daß die Reichseisenbahnen zu wenig Beamte, vor allem aber zu wenig Telegraphisten beschäftigen. Auch das Gehalt der Telegraphisten ist zu gering, obwohl der Dienst schwer ist. Es ist eine Pflicht des Anstandes und der Gerechtigkeit, ihnen dasselbe Gehalt zu gewähren, das die Telegraphenassistenten der Postverwaltung erhalten. Es ist erlaunlich, daß diese Leute solange gemartert haben, bis sie sich an den Reichstag wandten. Gerade die schlechte Bezahlung der Telegraphisten und ihre ungenügende Zahl bedingt eine Gefährdung des Reichseisenbahnen benutzenden Publikums. Redner wird im nächsten Jahre die Angelegenheit nochmals zur Sprache bringen, wenn für die Beamten nicht besser gefordert wird.

Geheimrath Wadetzapp sucht diese Ausführungen zu bekämpfen. Die Benutzung von Güterwagen als Personenzüge hat sich behauerlicher Weise erforderlich gemacht, doch ist für Abhilfe Sorge getragen worden. Redner beweist, daß der Vorwurf der Verwendung von agents provocateurs in der behauerlichen Cockspitalaffaire erwiesen sei: die gerichtliche Untersuchung müsse jedenfalls abgewartet werden. Die Eisenbahntelegaphisten haben mit dem Privatbesprecherverkehr wenig zu thun. Ihr Dienst ist zwar verantwortungsvoll, aber nicht schwierig, da es sich bei ihm nur um die telegraphische Anmeldung und Abmeldung der Züge handle. Das Gehalt dieser Beamten ist f. Z. bei der allgemeinen Aufbesserung der Beamtengehälter ganz erheblich erhöht worden.

Die Discussion wird geschlossen und der Etat der Reichseisenbahnverwaltung bewilligt.

Beim Etat des Bankwesens erwidert auf eine Anfrage des Abg. Holz (Reichsp.) in der zweiten Lesung Reichsbankpräsident Koch: Das Verhalten der Reichsbank in der Frage der Beleihung landwirtschaftlicher Creditwaviere habe nicht die Wirkung auf den Cours dieser Papiere, die Abgeordneter Holz angenommen habe. Wenn ihr Cours gefallen sei, dann liege es vielmehr an den Erörterungen über die bevorstehende Convertirung der Anleihen, die auch auf jene Papiere von Einfluß sein müßte. Die lombardfähigen Papiere seien ebenfalls gefallen. Die Reichsbank habe zwingende Gründe gehabt, als sie die Beleihung der landwirtschaftlichen Creditwaviere ablehnte. Es würde schwer sein, einen Unterschied zwischen den verschiedenen Arten dieser Papiere festzustellen. Sie alle als beleihungsfähig zu erklären, sei unmöglich wegen der Höhe der Summe. Es giebt in Deutschland für 400 Millionen solcher Papiere; und die Summe erhöht sich von Jahr zu Jahr. Zudem giebt man mehr und mehr dem Bescheidbarlehnen den Vorzug vor dem Lombarddarlehen. Außerdem sucht der Staat der Landwirtschaft auf anderem Wege zu helfen. (Lachen rechts.)

Abg. Holz (Reichsp.) erwidert, einzugreiche Bankiers hätten ihm mitgeteilt, der Grund für den Coursrückgang bei den landwirtschaftlichen Wandbriefen liege nur darin, daß sie nicht beleihungsfähig seien, wie andere Papiere. Hier hätte der Reichsbankpräsident einmal Gelegenheit gehabt, sein warmes Herz für die Landwirtschaft zu betheiligen. Die Antwort des Herrn Koch habe nicht so geklungen.

Abg. Graf Arnim (Reichsp.): Der Reichsbankpräsident be-rückichtigt mehr die bautechnische, als die landwirtschaftliche Seite der Beleihungsfrage. Die Reichsbank giebt jährlich mehr als fünf Milliarden Wechselcredit, der vielfach doch nur Speculationszwecken dient. Weshalb will sie da nicht den Landwirthen zu Hilfe kommen? Geht es nicht um die Sorge für hohe Dividenden der Antheilhaber der allein leitende Gesichtspunkt zu sein.

Reichsbankpräsident Koch weist diesen Vorwurf zurück. Der Reichsbank genügt auch durchaus nicht Wechselcredit zu Speculationszwecken. Den Beweis sind die Herren schuldig geblieben.

Abg. v. Kardorff (Reichsp.): Es ist immer die alte Geschichte. Von dieser Seite haben wir gar nichts mehr zu erwarten. Aber auch von der Regierung nicht. Von ihr hören wir nur

immer die Redensarten vom warmen Herzen, aber die Thaten bleiben aus. Die Landwirthe werden aus dieser Verhandlung nur die Verstärkung ihrer Ueberzeugung mitnehmen, daß die Reichsbank verstaatlicht werden muß. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Meyer-Galle (freis. Bp.): Man sollte meinen, die Herren, die alle Ausschreitungen der Börse verhindern wollen, müßten bestrebt sein, die Reichsbank in solidem Stande zu bewahren. Die Reichsbank ist eben gar nicht in der Lage, lange Credit zu gewähren. Eine Verstaatlichung der Reichsbank würde nichts ändern. Die Bankverwaltung muß an ihren Principien festhalten.

Abg. Graf von Arnim (Bp.) hält es für rathsam, die Beleihung anderer Papiere zu Gunsten der Staatsanleihe abzulehnen. Diesen Grund habe der Reichsbankpräsident aber gar nicht hervor-gesprochen.

Die Discussion wird geschlossen, der Etat bewilligt. Ohne Debatte werden darauf erledigt die noch übrigen Etats-thetile und das Etatsgezet.

Das Haus erklärt sich widerspruchsfrei bereit, die Gesamm-tarbeitsabstimmung über den Etat sofort vorzunehmen. Der Etat wird in der Gesamtarbeitsabstimmung in dritter Lesung gegen die Stimmen der Socialdemokraten angenommen. Die in zweiter Lesung angenommenen Resolutionen und Petitionen werden auch in dritter Lesung angenommen.

Der Gesetzentwurf, betr. die Verwendung der Ueberschüsse zur Schuldentilgung, wird in dritter Lesung genehmigt.

Präsident von Buol: Damit ist die Tagesordnung erledigt und ich schlage Ihnen vor, die nächste Sitzung Donnerstag, den 16. April (mit Tagesordnung: 2. Beratung des Gesetzentwurfs betreffend den unlauteren Wettbewerb) Nachmittags 2 Uhr ab-zuhalten. Es erhebt sich kein Widerspruch. Ich schließe die Sitzung.

Schluß 5 1/2 Uhr.

Locales.

Breslau, den 25. März 1896.

* Stadterordneten-Versammlung. In der am Donnerstag, den 26. März angeetzten Stadterordneten-Sitzung wird über den Magistratsantrag betreffend Stellungnahme zur Entwicklung des Straßenbahnwesens verhandelt werden. Der Magistratsantrag hat folgenden Wortlaut:

„Die Stadterordneten-Versammlung solle sich damit einverstanden erklären, daß zur Beratung über die weitere Entwicklung des hiesigen Straßenbahnwesens und insbesondere, ob etwa die Stadt Straßenbahnen in eigener Regie bauen und betreiben soll, und andernfalls, welche Bedingungen bei neuen Concessionen an Privat-Gesellschaften zu stellen sein möchten, eine gemischte Commission von 15 Mitgliedern eingesetzt werde, von welchen 5 dem Magistrat und 10 der Stadterordneten-Versammlung angehören.“

Wir entnehmen aus der umfangreichen Begründung der Magistratsvorlage folgende Stellen. Im Vordergrund steht die Frage, ob das Monopol auf Benutzung der städtischen Straßenzüge für den Straßenbahnverkehr, welche die beiden hier bestehenden Straßenbahngesellschaften, jede für die ihr concessionirten Linien, auf die Dauer ihrer Verträge besitzen, sich mit den allgemeinen Aufgaben und Interessen der Stadt-gemeinde auf die Dauer verträglich, und ob es gerechtfertigt ist, dieses Monopol auch noch auf neue Straßenzüge aus-zudehnen? Schon bei den Verhandlungen über den Bau der jetzigen Linien der elektrischen Bahn im Jahre 1890 bereitete das bestehende Liniennetz der Pferdebahn der Auswahl der Straßenzüge für die elektrische Bahn große Schwierigkeiten, denn nach allen Richtungen durchzogen die Linien der Pferde-bahn das Stadtgebiet und die neuen Linien der elektrischen Bahn dürften jene nach dem Vertrage vom 5. August 1876 (Vertrag mit der Pferdebahn, der erst 1905 gelöst werden kann. D. Red.) zwar kreuzen, aber nicht neben ihnen her-laufen. Nachdem der elektrischen Straßenbahn das gleiche ausschließliche Benutzungsrecht durch den Vertrag vom 11. April 1894 (Gültig bis zum Jahre 1923. D. Red.) auch für ihre jetzt bestehenden Linien eingeräumt ist, hat die Stadt sich für die Dauer dieser Verträge der Verfügung über die von den Bahnen benutzten Straßen, Plätzen u. s. w. obliig begeben. Es ist thatächlich unmöglich, über die Straßen und so weiter hinweg, neue Straßenbahnlinien, etwa nach anderen Vorstädten oder Vororten hin, herzustellen, wenn die Privatgesellschaften dem widersprechen, und die Stadt ist also, wenn sie solche neue Linien wünscht, in einem Maße von den Privatgesellschaften abhängig, welches dem öffent-lichen Interesse nicht immer entspricht und dessen weitere Ausdehnung sehr erwünscht ist. Weiter heißt es in der Begründung: Die Schwierigkeiten würden am einfachsten da-durch erübrigt werden, daß die Stadt selbst die sämtlichen Straßenbahnen übernehme und die neu in Frage kommenden Streckenlinien, dadurch würde die freieste Weiterentwicklung des Bahnnetzes sichergestellt und auch künftig möglich, heute noch nicht abzusehenden öffentlichen Bedürfnissen die Befriedigung in einfachster Weise ermöglicht werden; es seien z. B. alle Be-denken weg, welche die Stadt heute gegenüber neuen Bahnen in Beziehung auf künftig dadurch möglicherweise hervorgerufene wachsende Bedürfnisse entstehen, als z. B. an Straßen-erweiterungen, Straßenbeleuchtung u. s. w. Auch die Be-nutzung der Bahnen für städtische Zwecke — z. B. die Regierabfuhr, der Materialien-Transport u. s. w., würde erleichtert werden.

Thatächlich sind auch schon einzelne Städte damit vorangegangen, elektrische Straßenbahnen zu bauen und zu betreiben, und die städtische Straßenbahn in Königsberg be-weist, daß ein solches städtisches Unternehmen selbst unter ausnahmsweise ungünstigen Verhältnissen bestehen kann. — Der Breslauer Magistrat rafft sich endlich zu einer That auf, endlich gelangt er zu der Einsicht, daß er die Vortheile von den Straßenbahnanlagen, welche zum größten Theile in die Taschen von Actionären fließen, für die Stadt einzufahren könnte. Lange genug hat es gedauert, ehe unser wohlwollender Magistrat zu dieser Erkenntnis gekommen ist. Wir wollen zugeben, daß die Schwierigkeiten der Stadt keine

